

## **Input**

### **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

#### **Forum „Europa mitentscheiden“**

#### **Teil II Zwischen Bürgerbeteiligung und Lobbyismus**

**11.15 bis 12.45 Uhr**

### **Einleitung**

Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger genießt die Diskussion über die Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Einflussnahme in der Europäischen Union eine besondere Aufmerksamkeit. Ich gehe zunächst auf Formen der zivilgesellschaftlichen Interessenpolitik in Form eines „Public Interest Lobbyismus“ ein (1). Dann spreche ich die Formen der politischen Einflussnahme auf Entscheidungen der Union jenseits der Wahlen an: Hier setzt die Debatte über Demokratiedefizite und auch über Möglichkeiten der Demokratisierung der EU an, die seit dem Lissabon Vertrag deutlichere Konturen bekommen haben und auch das Europäische Parlament gestärkt haben (2). Doch es bleibt zum einen ein Demokratiedefizit der europäischen Institutionen (2.1), zum anderen der Bedarf eines Ausbaus europäischer Öffentlichkeit (2.2) Schließlich werfe ich einen Blick auf die Bedarfe der engagement- und demokratiebezogenen europäischen Förderprogramme an.

#### **1) Lobbyismus: Die Bedeutung des public interest lobbyismus von zivilgesellschaftlichen Akteuren**

Bürgerbeteiligung muss im Unterschied zum Lobbyismus immer transparent sein, Gemeinwohlbezug vs. Klientelpolitik etc. - das ist auch der Sinn der Konzeption eines public interest lobbyism.

Der Lobbyismus in Europa ist v.a. seitens der Wirtschaft sehr mächtig. Daher muss Zivilgesellschaft seine Formen der Einflussnahme entwickeln!

Transparenz ist eine entscheidende Voraussetzung, um Formen der Einflussnahme, aber auch Entscheidungen der Politik und deren Nutznießer und Betroffene sichtbar zu machen! Das zeigt nicht zuletzt die in vielem sehr intransparente Regulierung der Bankenkrise. Aus dem Europäischen Parlament wurde die Gründung von Institutionen wie „finance watch“ und „trade watch“ begrüßt, um für die parl. Entscheider hinreichend Fachinformationen von allen Seiten zu haben, nicht nur aus der Wirtschaft, deren Interessen keineswegs immer identisch mit denen der Zivilgesellschaft sind. Das Ziel von Finance Watch ist, dass die Realwirtschaft Kapital und Finanzdienstleistungen nachhaltig, gerecht und transparent erhält.

Finance Watch verfügt über ein Budget von 2 Millionen Euro jährlich. Im Vergleich dazu beträgt das Budget der Banken und Versicherungen für ihre in Brüssel 700 Lobbyisten nach Angaben von Finance Watch 400 Millionen Euro. Der Vergleich der Interessenvertretungen von Wirtschaft und von Zivilgesellschaft in Brüssel macht deutlich, dass hier große Ressourcenunterschiede im Lobbyismus bestehen. Doch sind Formen des public interest Lobbyismus mit Blick auf öffentlichen Einfluss von großem Gewicht!

## 2) Partizipation als demokratische Einflussnahme auf Entscheidungen

Demokratiepolitisch steht die Frage im Zentrum, wie verbindlich der Rahmen für die die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger jenseits der turnusmäßigen Wahlen gestaltet ist: Mit welchen Instrumenten und Verfahren kann ein „offener, transparenter und regelmäßiger Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ (EU-Vertrag: Artikel 11, Absatz 2) ermöglicht werden“?

### Compact

Regelungsbedarfe bestehen im Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft: Hier ist das Beispiel eines **Compact** von Bedeutung:

Das Verhältnis der Mitgliedsstaaten zur Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene sollte durch transparente und verbindliche Regeln des Interagierens, durch einen „**compact**“ zwischen Staat und Zivilgesellschaft geregelt werden, wie es ihn etwa in England und auch anderen EU-Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene gibt.

Der Europarat hat mit seinem viel zu wenig beachteten „**Code of good practice for civil participation** „ einen guten Anfang gemacht, der Code ist aber kaum

implementiert worden. Ich empfehle, ihn stärker zu nutzen! Das würde auch in der Europäischen Union die Zusammenarbeit deutlich verbessern!

Das Demokratiedefizit der EU besteht auf zwei Ebenen:

**Ebene 1: Demokratiedefizit des EU-Institutionengefüges, dem es an demokratischer Legitimation mangle,**

Die große Herausforderung demokratiepolitischer Art in der EU besteht darin, zwischen dem Einfluss der Mitgliedsstaaten und dem der Bürgerinnen und Bürger einen guten Ausgleich zu schaffen und zugleich das Zusammenspiel von Europäischem Parlament, das nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratieform arbeitet, und den partizipativen Formen der Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger fruchtbar zu gestalten.

### **EBI als Form der Bürgerbeteiligung**

Ansatzpunkte im Lissabon-Vertrag: Gerade hier könnten uns der Lissabon-Vertrag und insbesondere der heute zu diskutierende und in seinen Konsequenzen zu bedenkende **Artikel 11** helfen. Denn der Lissabon-Vertrag stärkt sowohl die Rolle des Europäischen Parlaments und ermöglicht zugleich die Einbringung nationaler Parlamente in den europäischen Gesetzgebungsprozess.

Dazu kommt das **Instrument der Europäischen Bürgerinitiative**, das auch dazu beitragen könnte, ein Stück europäischer Öffentlichkeit zu schaffen und uns zu „gefühlten Bürgern Europas“ zu machen.

Die Europäische Bürgerinitiative ist bis jetzt mehr eine „entfernte Verwandte“ denn eine „Schwester ersten Grades“ im Vergleich zu echten Volksinitiativen wie in der Schweiz. Diese sollte in ihrem demokratischen Gehalt weiter entwickelt werden, z.B. in der Frage, welcher Abstimmungsprozess sich transparent an das Einreichen einer Bürgerinitiative anschließt.

Allerdings wird es bei der Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft(en) an der Lösung entscheidender Fragen der europäischen darauf ankommen, nicht nur einen – wie auch immer noch im Einzelnen zu definierenden - Dialog mit den Organen der Union zu führen, sondern auch die Frage zu klären, „ob sich deliberative Politik als ein Medium für die Übertragung nationalstaatlicher Legitimationspotentiale auf Entscheidungsprozesse jenseits nationaler Grenzen eignet“. An ihrer Beantwortung

hängt letztlich der Verbindlichkeitscharakter zivilgesellschaftlicher Dialoge mit der EU und damit ihrer Sinnhaftigkeit schlechthin.

## **Ebene 2: Demokratiedefizit als Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit.**

Die Frage nach der europäischen Öffentlichkeit ist verbunden mit der Frage, wer eigentlich die Partner des Dialogs mit der Zivilgesellschaft sind. Dies sind nicht nur die organisierte Zivilgesellschaft, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Dies verweist auch auf das Problem der europäischen Öffentlichkeit: Diese besteht aus organisierten Interessen auf nationaler Ebene mit europäischem Blick und organisierten Interessen auf europäischer Ebene, aber auch aus Bürgerinnen und Bürgern „für Europa“.

Eine „europäische Öffentlichkeit“ steht vor der Aufgabe, nationale Diskurse europäisch zu codieren, die Zusammenhänge zwischen nationalen und europäischen Interessen und Werten deutlich zu machen. Genau hier setzen europapolitische Förderprogramme an, die Engagement und Partizipation fördern und durch Jugendwerke, Städtepartnerschaften oder Euregios vertieft und grundiert werden können.

## **Die Bedeutung Europäischer Förderprogramme für Partizipation und Engagement**

Mit seinen Förderprogrammen kann die EU die Partizipation und die Zivilgesellschaft in Europa und damit am Ende auch die europäische Zivilgesellschaft stärken!°

- Die EU-Förderprogramme für Engagement und Partizipation, wie „Jugend für Europa“, „Grundtvig“ oder „Europa für „Bürgerinnen und Bürger“ haben sicher eine Spur hinterlassen, ihre Wirkung im Sinne des Auftrags wird aber praktisch nicht evaluiert
- Die angekündigte Kürzung gerade dieser Programme – etwa des Programms „Europa für „Bürgerinnen und Bürger“ geht in die falsche Richtung

## **3) Vor den Europawahlen**

Letztlich ist es eine offene Frage, ob die Organe der EU wirklich eine verstärkte Partizipation der Bürger Europas und der organisierten Zivilgesellschaft wollen

(Kürzung von Programmen, Einstellung der Liaison Gruppe der Zivilgesellschaft als beratende Gruppe beim EWSA etc.)

Der normative Anspruch einer partizipativen Demokratie sollte aber unbedingt aufrechterhalten werden.

Die kommenden Wahlen zum europäischen Parlament sollten von der europäischen organisierten Zivilgesellschaft als Prüfstein für diesen Anspruch der EU genutzt werden (Aufstellen von Wahlprüfsteinen, Verfassen von Memoranden, Gespräche mit MEPs etc.)

***PD Dr. Ansgar Klein** ist der Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Herausgeber des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen*.*

**Kontakt:** *ansgar.klein@b-b-e.de*